

Der bargeldlose Zahlungsverkehr in Österreich und die Rolle der Nationalbank

Hans Kernbauer¹

Der bargeldlose Zahlungsverkehr hielt in Österreich vergleichsweise spät Einzug. Dies lag zum einen an der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Habsburgermonarchie gegenüber den Ländern Nordwesteuropas in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, zum anderen am bis dahin geringen Monetarisierungsgrad und am Papiergeldüberhang infolge militärischer Konflikte, die per Zentralbankkredit und Staatspapiergeld finanziert worden waren. Erst nach der Gründung der Postsparkasse 1882 setzten sich innovative Finanztechnologien wie der bargeldlose Zahlungsverkehr in der Monarchie durch. Notenbankseitig sorgte erst eine Satzungsänderung der Oesterreichisch-ungarischen Bank 1887 für eine verstärkte Nachfrage nach Girokonten und deutlich höhere Umsätze im Girogeschäft. Die Zwischenkriegszeit stand im Zeichen der Redimensionierung des österreichischen Bankwesens angesichts des stark geschrumpften nationalen Wirtschaftsraumes. Die Weltwirtschaftskrise ließ die Umsätze im Zahlungsverkehr und insbesondere die Börsenumsätze einbrechen, das wirtschaftliche Klima war wenig innovationsförderlich. Im Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit stieg infolge der starken Produktions-, Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse die Nachfrage nach Bankdienstleistungen. Im Giroverkehr fungierte die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) primär als zentrale Clearingstelle. Mit dem elektronischen Bankwesen nahm die Nutzung von Foyerautomaten für Bankgeschäfte, Bankomatkassen und Kreditkarten zu. Mit der Euro-Einführung in Österreich 1999 mussten die Strukturen im österreichischen Zahlungsverkehr an die Systemlandschaft im Euroraum angepasst werden. Das Mandat der OeNB als Zahlungssystemaufsicht und -regulator in Österreich wurde 2001 mit einer Novelle zum Nationalbankgesetz gesetzlich verankert.

JEL-Klassifizierung: E42, E50, E58

Schlagwörter: Wirtschafts- und Bankengeschichte Österreichs, Entwicklung des Giroverkehrs, Rolle der österreichischen Nationalbank

Die österreichischen Haushalte zahlen nach wie vor am liebsten in bar: 2011 wurden über 82% der Zahlungen (65% des Umsatzes im Zahlungsverkehr) bar abgewickelt, kaum weniger als vor 15 Jahren. Der Anteil der Bankomatkassenzahlungen stieg in diesem Zeitraum von 2,4% auf 25,8%, jener der Kreditkartenzahlungen lediglich auf 5% des Umsatzes (Mooslechner et al., 2012, S. 66).

Die Zahlungen privater Haushalte im Handel entsprechen dem privaten Konsum und damit in etwa zwei Drittel des BIP. Hingegen belaufen sich die Summen, die jährlich über Großzahlungssysteme abgewickelt werden, in den meisten entwickelten Ländern auf das

90- bis 100-fache des BIP (Kahn et al., 2014, S. 1). Der drastische Anstieg des Umsatzes im Zahlungsverkehr in Relation zum nominalen BIP in den letzten Jahrzehnten führte zu neuen Herausforderungen für die Gesetzgeber, Regulierungs- und Aufsichtsbehörden. Denn wenn Zahlungsaufträge nicht ausgeführt werden können, ist das Risiko einer Kettenreaktion im Finanzsektor und über diesen hinaus gegeben. Die Insolvenz der Herstatt Bank 1974 und die Schwierigkeiten im September 2001 im US-Großbetragszahlungssystem *Fedwire* haben das Liquiditätsrisiko und das Risiko nicht finaler Zahlungen deutlich gemacht. Die Zahlungssystemaufsicht, also die Verantwortung für

Wissenschaftliche
Begutachtung:
William Roberds,
Federal Reserve Bank
of Atlanta

¹ *Wirtschaftsuniversität Wien, kernbauer@gmail.com. Der Autor dankt William Roberds (Federal Reserve Bank of Atlanta) und Clemens Jobst, Helmut Stix, Markus Pammer sowie Walpurga Köhler-Töglhofer (OeNB) für ihre wertvollen Hinweise und Anregungen. Die in diesem Beitrag vertretenen Ansichten geben ausschließlich die Meinung des Autors und nicht notwendigerweise die Sichtweise der OeNB oder des Eurosystems wieder.*

das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs, liegt heute in den meisten Ländern, nicht zuletzt im Euroraum, bei den Zentralbanken. Ein funktionierender Zahlungsverkehr stellt eine Grundvoraussetzung für die reibungslose Durchführung der Geldpolitik und die Sicherung der Finanzmarktstabilität dar. Vor dem elektronischen Zahlungsverkehr beschränkten sich die Aufgaben der Zentralbanken im Bereich Zahlungsverkehr mehr oder weniger auf die Produktion von Banknoten und Münzen sowie die Bargeldversorgung der Banken.

Diese Studie behandelt die Geschichte des bargeldlosen (bzw. bargeldsparenden) Zahlungsverkehrs in Österreich unter Berücksichtigung der speziellen Rolle der Oesterreichische Nationalbank (OeNB). Der erste Abschnitt widmet sich den Anfängen des Clearing- und Giroverkehrs in Österreich. In Österreich entwickelte sich dieses Geschäft aufgrund des generell niedrigen Monetarisierungsgrads und des Papiergeldüberhangs in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vergleichsweise schleppend. Die Nationalbank bemühte sich auf Betreiben des Finanzministeriums um die Forcierung des Giroverkehrs. Aber erst die Gründung der Postsparkasse 1882 und Änderungen in der Nationalbanksatzung 1887 bezüglich der Edelmetalldeckung der Banknoten sorgten für eine entsprechende Katalysatorwirkung (Abschnitt 2). Der Zerfall der Habsburgermonarchie nach dem Ersten Weltkrieg und die Redimensionierung des österreichischen Bankensektors sowie die Bankenkrise in der Zwischenkriegszeit waren im Finanzsektor wenig innovationsförderlich (Abschnitt 3). Das dynamische Wirtschaftswachstum nach der Stabilisierung der österreichischen Währung zu Beginn der 1950er-Jahre, der starke Anstieg der Giro- und Spar-

einlagen und die rasante Ausbreitung des elektronischen Bankwesens ab Mitte der 1970er-Jahre revolutionierten auch den Zahlungsverkehr. Löhne, Gehälter und Pensionen wurden zunehmend bargeldlos ausbezahlt; Bargeldautomaten, Foyerautomaten für Bankgeschäfte sowie Bankomatkassen und Kreditkartenterminals wurden immer öfter genutzt. Die OeNB übernahm die zentrale Clearingfunktion im Giroverkehr und war in die Aufsicht der teilnehmenden Institute eingebunden (Abschnitt 4). Im Vorfeld der Euro-Einführung wurde der Großbetragszahlungsverkehr in den Mitgliedstaaten modernisiert und harmonisiert, da die Sicherheit im Zahlungsverkehr eine Grundvoraussetzung für Finanzmarktstabilität im Allgemeinen und für die reibungslose Versorgung mit Zentralbankgeld im Besonderen darstellt. Darüber hinaus führten das rasante Wachstum des Finanzsektors und die infolgedessen höhere Zahlungsintensität zu neuen Herausforderungen für die Gewährleistung einer sicheren Zahlungsverkehrsinfrastruktur. Die Grundprinzipien für systemrelevante Zahlungsverkehrssysteme wurden von einem Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) entwickelt. Das Mandat der OeNB als Zahlungsverkehrsbetreiber und nationale Zahlungsverkehrsaufsicht wurde 2001 in einer Novelle zum Nationalbankgesetz im Detail festgelegt (Abschnitt 5).

1 Schleppender Start des bargeldlosen Zahlungsverkehrs Anfang des 19. Jahrhunderts

Zum Girogeschäft war die Nationalbank schon aufgrund ihrer Geschäftsordnung aus dem Jahr 1817 autorisiert, wobei allerdings nur in Wien ansässige Aktionäre der Bank zur Eröffnung eines Girokontos bei der Nationalbank befugt waren. Kontoinhaber konnten auf Gulden lautende Banknoten und

Silbermünzen einlegen sowie Wechsel einreichen. Die Guthaben konnten bar behoben oder an Inhaber anderer OeNB-Konten überwiesen werden (Bubenik, 1888, S. 2). Während des ersten Privilegiums der Nationalbank, das für den Zeitraum von 1816 bis 1841 galt, wurde das Girogeschäft aber nicht praktiziert. Der damalige Nationalbank-Gouverneur, Baron Carl Joseph Alois von Lederer, rechtfertigte dies rückblickend mit dem mangelnden Interesse der Unternehmerschaft am Giroverkehr (Lederer, 1847, S. 234). Die plausible Erklärung für das verhaltene Kundeninteresse dürfte jedoch die damalige Beschränkung der Kontoführung auf die Wiener Aktionäre der Bank sein.

Zahlungsanweisungen hingegen – d. h. Bargeldüberweisungen von der Hauptanstalt in Wien an regionale Filial-Banken² und umgekehrt – führte die Nationalbank ab Aufnahme des Geschäftsbetriebes durch. Von 1818 bis 1829 waren die Zahlungsanweisungen von Privatunternehmen über Filial-Banken an die Hauptanstalt in Wien dreimal so hoch wie umgekehrt. Von 1830 bis 1841 war der Umsatz in beide Richtungen in etwa gleich. Die staatliche Verwaltung transferierte Steuererträge per Zahlungsanweisung aus der Provinz nach Wien, und zwar in Höhe von durchschnittlich 17,8 Mio Gulden pro Jahr, gegenüber 7,4 Mio Gulden an privaten Zahlungsanweisungen (Lederer, 1847, S. 177). Die Tarife für die Zahlungsanweisungen richteten sich nach dem Überweisungswert und der räumlichen Entfernung. Sie waren höher als die Tarife für Bargeldüberweisungen per Post, da Zahlungsanweisungen schnel-

ler und sicherer durchgeführt werden konnten. Für den Staat galt ein geringerer Tarif als für Privatunternehmen. In den 1830er-Jahren verdiente die Nationalbank 30.000 bis 40.000 Gulden jährlich (ca. 1 % des Nettogewinns) an den Zahlungsanweisungen (Lederer, 1847, S. 147 ff).

Der schleppende Start des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Bankwesens in Österreich im Allgemeinen war, wie zuvor erwähnt, der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Habsburgermonarchie gegenüber nordwesteuropäischen Staaten zuzuschreiben. Eine zuverlässige Gegenüberstellung nationaler Wirtschaftszahlen für Kontinentaleuropa in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts auf wirtschaftlicher Ebene ist mangels verfügbarer Daten nicht möglich und müsste in jedem Fall das große wirtschaftliche Gefälle innerhalb der Monarchie berücksichtigen. Die überwiegende Mehrheit der Bauern, so Gross (1983) in seinem Essay über Österreich-Ungarns Rolle in der Weltwirtschaft, produzierte ausschließlich für den Eigenbedarf (Subsistenzwirtschaft); ihre Wirtschaftsleistung sowie die Produktivität der Landwirtschaft insgesamt abzuschätzen ist selbst nach der Etablierung nationaler Einkommensrechnungen weltweit alles andere als ein einfaches Unterfangen. (Gross, 1983, S. 3). Nur Bauern in der Umgebung größerer Städte produzierten auch für den Markt, und selbst Handwerker tauschten ihre Produkte oft gegen Sachleistungen.³ Der Mangel an effizienten Transportwegen vor dem Schienenausbau ab den 1830er-Jahren und der Mangel an be-

² Diese Filial-Banken durften nur Papiergeld in Münzen wechseln und Zahlungsanweisungen ausführen. Während des ersten Privilegiums gab es in der Habsburgermonarchie nur 12 solcher Filial-Banken. Sie waren – außer die Filiale in Prag – Teil der Finanzadministration des Staates. Siehe Pressburger (1959, S. 168).

³ Der Großteil der Löhne von Landarbeitern wurde ebenfalls in Naturalien ausbezahlt.

fahrbaren Flüssen in Österreich hatte zur Folge, dass die Herstellung vermarktbarer Lebensmittel und der Handel im Allgemeinen auf ein verhältnismäßig kleinen Radius im Umkreis größerer Städte beschränkt blieben.

Die relative Rückständigkeit der Monarchie sorgte für einen geringen Monetarisierungsgrad der Wirtschaft und ging auch mit einer verhältnismäßig geringen Entwicklung des Bankwesens einher.⁴ Die Nationalbank, die einzige Aktienbank in Österreich bis Mitte des 19. Jahrhunderts, agierte primär als Staatsbank und refinanzierte – in einem geringeren Ausmaß – die Wechsel Wiener Privatbanken. Das Privatbankgeschäft entwickelte sich ursprünglich aus dem Großhandelsgeschäft. Privatbankiers legten hauptsächlich Kapital in Staatsanleihen an und vermittelten Konsumkredite an den Adel bzw. finanzierten zum Teil auch Industrieunternehmen (Matis und Weber, 1993, S. 318ff; Matis, 2005; Teichova, 1997, S. 214–228). Das Finanzsystem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lässt sich mit den Worten „wenige Banken und viele Banknoten“ auf den Punkt bringen, da der hohe Papiergeldumlauf, mit dem zum Teil die Napoleonischen Kriege finanziert wurden, erst nach und nach abgebaut werden konnte (Jobst und Kernbauer, 2016 S. 48ff). Dieser Zustand trug selbstverständlich nicht zur Verbreitung von bargeldersparenden Finanzinnovationen wie dem Giroverkehr und Clearing bei: Die Unternehmer zeigten kein Interesse am Giroverkehr. Wirtschaftliche Bedeutung gewann der Giroverkehr österreichischer Banken und der Nationalbank erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts.

International wurde ein Teil der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften seit der Antike bargeldlos beglichen (Koch, 1910, S. 15; Körner, 1993, S. 66ff). Im Mittelalter spielten internationale Handelsmessen eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des Bankwesens, speziell des Zahlungsverkehrssystems. Die Gründung der Amsterdamer Wechselbank (*Amsterdamsche Wisselbank*) 1609, teils nach dem Vorbild italienischer Banken aus dem 15. und 16. Jahrhundert (Houtman-De Smedt und van der Wee, 1993, S. 133), war eine Reaktion auf das Problem der „schrittweisen Entwertung“ (der Ausdruck stammt von Adam Smith), mit dem sich kleinere Staaten mit metallischen Währungssystemen konfrontiert sahen: Steigende Handelsaktivitäten verlangten nach einem höheren Bargeldumlauf, was oft zur Folge hatte, dass Geschäfte in Fremdwährungen abgewickelt wurden. Am Ende des 16. Jahrhunderts waren in Amsterdam offiziell 800 verschiedene ausländische Münzen als Zahlungsmittel zugelassen (Quinn und Roberds, 2006, S. 1). Vielfach entsprach der Metallwert dieser Münzen aber nicht mehr ihrem Nennwert, was zu einem regelrechten Währungschaos führte (Houtman-De Smedt and van der Wee, 1993, S. 126ff). Die Stadt Amsterdam ordnete daher an, dass Handelswechsel bei der Amsterdamer Wechselbank einzureichen waren. Kaufleute benötigten somit ein Konto bei dieser Bank. Durch diese Maßnahmen konnten Verluste aus der Münzentwertung effektiv reduziert werden.

Der kommerzielle Giroverkehr führte in weiterer Folge zur Entwicklung von Clearinghäusern, die die kumulierten Forderungen und Verbind-

⁴ In diesem Kontext spricht Komlos (1983, S. 137) von der symbiotischen Beziehung zwischen der Finanzinfrastruktur und der industriellen Wirtschaftsentwicklung.

lichkeiten der einzelnen Banken gegeneinander aufrechneten. Das *London Bankers' Clearing House* wurde bereits 1775 gegründet. Bis 1854 – als das Clearinggeschäft auch für Aktienbanken geöffnet wurde – war das Londoner Clearinghaus nur für Privatbanken tätig. 1864 stieg auch die Bank von England ins Clearinggeschäft ein, gefolgt 1865 von den englischen Provinzbanken (*country banks*) (Rauchberg, 1897, S. 21). Seit Aktienbanken 1833 begonnen hatten, Einlagen zu verzinsen, erreichte der bargeldlose Zahlungsverkehr in England stärkere Verbreitung. Die Gründung der britischen Postsparkasse 1861 stärkte das Girogeschäft in England. Löhne und Gehälter wurden in England in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits teilweise bargeldlos ausbezahlt (Born, 1993, S. 195).

Das *New York Clearing House* – gegründet 1853, also noch vor der Gründung einer US-amerikanischen Zentralbank – wirkte über seine Clearingfunktion stabilisierend auf den US-Bankensektor. Zusammen mit den New Yorker Banken finanzierte das Clearinghaus den Geldmarkt und erfüllte auch die Rolle des „*lender of last resort*“, ohne von den Privilegien einer solchen Institution zu profitieren (Wood, 2011, S. 134ff; Goodhart, 1988, S. 29ff).

In der Habsburgermonarchie hingegen dauerte es, wie bereits erwähnt, um einiges länger, bis der Monetarisierungsgrad der Wirtschaft stieg und der Giroverkehr größere Verbreitung erlangte.

2 Innovationen im Finanzsystem des späten 19. Jahrhunderts

Der Giroverkehr kam trotz Bemühungen der Regierung und der Nationalbank ab Beginn der 1840er-Jahre nicht in Gang. Nach der Erneuerung des Privilegiums im Jahr 1841 nahm die

Nationalbank auf Betreiben der Regierung 1842 das Girogeschäft auf. Die Umsätze stiegen rasch auf etwa 200 Mio Gulden. Allerdings waren insgesamt nur 26 Girokonten bei der Nationalbank eingerichtet, wovon gerade einmal 14 auch intensiv genutzt wurden. Das Girogeschäft der Nationalbank beschränkte sich zudem weitgehend auf die Einlösung von Wechseln; die Überweisungen von Konto zu Konto hielten sich in Grenzen. Als die Nationalbank 1856 eine Transaktionsgebühr von 0,25 Gulden pro 1 Million Gulden einführte, sank der Jahresumsatz auf 30 Mio bis 50 Mio Gulden (Bubenik, 1888, S. 4ff).

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die Niederschlagung der Revolution 1848 und den Sardinischen Krieg 1859 zu finanzieren, war der Banknotenumlauf stark angestiegen (Jobst und Kernbauer, 2016, S. 73), was den Anreiz zur Verwendung bargeldsparender Zahlungsmethoden konterkarierte (Hammerschlag, 1905, S. 13). Als 1862 die Satzung der Bank mit der Erteilung des dritten Privilegiums nach dem Vorbild des englischen Peel's Act erneuert wurde, wonach künftig Banknoten ohne Deckung durch Silberreserven nur noch im Wert von 200 Mio Gulden ausgegeben werden durften, sah sich die Nationalbank gezwungen, das Clearinggeschäft zwischen den seit 1853 gegründeten Aktienbanken zu forcieren (Matis und Weber, 1993, S. 322ff; März und Socher, 1973, S. 329ff). 1864 etablierte die Nationalbank den Saldosaal, um täglich ihre eigenen Forderungen sowie die Forderungen der Creditanstalt, der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft und der Anglo-Österreichischen Bank gegeneinander aufzurechnen (Bubenik, 1888, S. 8). Obwohl die Nationalbank keine Gebühren für den Giro- und Clearingverkehr erhob, war diese Initia-

tive nicht erfolgreich. Dies war allerdings angesichts des gleichzeitig steigenden Bargeldumlaufs nicht weiter verwunderlich: der Krieg 1866 gegen Preußen und Italien wurde nämlich über die Notenpresse finanziert, wobei sowohl die Nationalbank als auch der Staat Noten ausgaben (Jobst und Kernbauer, 2016, S. 81; Rauchberg, 1886, S. 4).

1871, also während der Gründerzeit, wurde der Wiener Giro- und Cassen-Verein gegründet, hauptsächlich zum Clearing von Wertpapiergeschäften. Mitglieder konnten Girokonten eröffnen, Wechsel einlösen und Zahlungsanweisungen aufgeben. Am Girogeschäft des Vereins beteiligten sich etwa 500 Parteien. Der Umsatz stieg rapide von 2,3 Mrd Gulden 1872 auf 9,2 Mrd Gulden 1895, unterlag aber starken jährlichen Schwankungen (Rauchberg, 1897, S. 120ff).

1872 wurde der Saldosaal zum Wiener Saldierungsverein ausgebaut. Der Clearingumsatz stagnierte jedoch im folgenden Jahrzehnt und blieb deutlich hinter dem Umsatz der Clearinghäuser in England, Deutschland, Frankreich, Italien und den USA zurück (Rauchberg, 1897, S. 18ff; Pressburger, 1962, S. 1120ff). Dem Wiener Saldierungsverein gehörten nie mehr als 14 Banken an, wobei auf die Nationalbank und den Wiener Giro- und Cassen-Verein die Hälfte des Umsatzes entfiel. Beim Clearing der Forderungen und Verbindlichkeiten seiner Mitgliedsbanken war der Wiener Saldierungsverein nur teilweise erfolgreich. Weniger als ein Viertel des Umsatzes konnte vom Verein saldiert werden, der Rest wurde über die Nationalbank abgewickelt (Rauchberg, 1897, S. 5).

Das Girogeschäft der Oesterreichisch-ungarischen Bank (OeUB), als welche die Nationalbank ab 1878 firmierte (Jobst und Kernbauer, 2016, S. 112ff), erlebte am Ende der 1880er-

Jahre einen Aufschwung, als die Relation zwischen dem Banknotenumlauf und dem Edelmetallvorrat im Zuge der Erneuerung des Privilegiums neu geregelt wurde (Mecenseffý, 1896, S. 46ff). „*Bis dahin*“, schrieb Rauchberg (1897, S. 56) in seinem bekannten Werk über das Clearing- und Girogeschäft der OeUB, „führte [der Giroverkehr] nur ein Scheindasein. Abgesehen von dem engen Kreise der Theilnehmer und der Geringfügigkeit der Umsätze entsprach er auch seiner inneren Structur nach keiner der Anforderungen, welche vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus an diesen Zweig des Bankbetriebs gestellt werden müssen.“

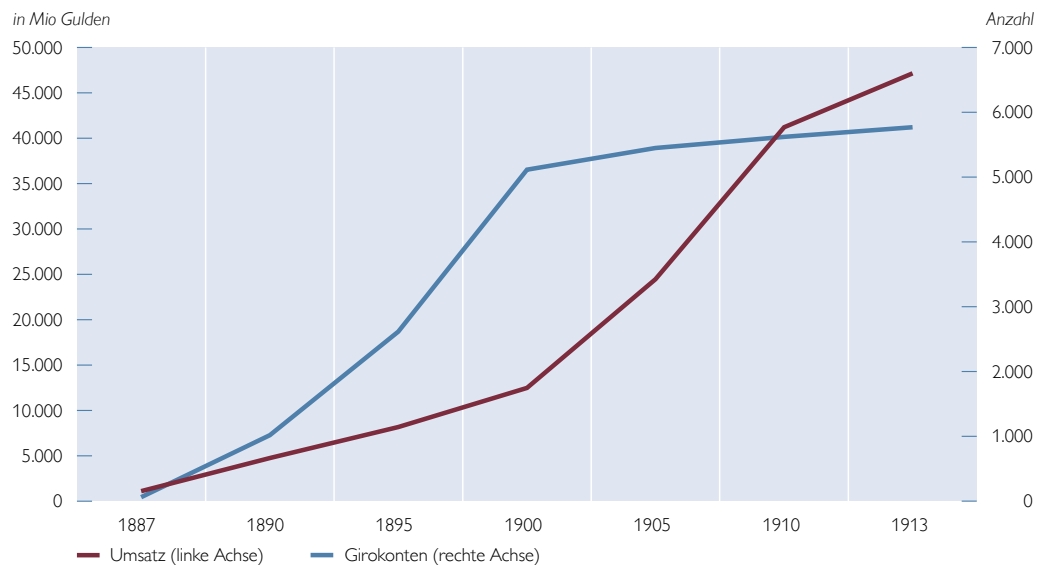
1888 wurde auf Betreiben der OeUB auch in Budapest eine Clearingstelle gegründet. 1895 folgten Clearinghäuser in Brno und Prag. Allerdings hielt sich der Umsatz in Grenzen, solange der Zahlungsverkehr im Wesentlichen wie davor bar abgewickelt wurde. Die Clearinghäuser demonstrierten gewissermaßen die Bereitschaft der Banken zur Forcierung des Girogeschäfts, blieben aber bis in die 1890er-Jahre praktisch bedeutungslos (Rauchberg 1897, S. 17ff).

Wie bereits erwähnt, florierte das Girogeschäft der OeUB erst nach der Anpassung der Notenbanksatzung im Mai 1887, die folgende Bestimmungen enthielt:

- Mindestens 40 % des Banknotenumlaufs mussten durch die Metallreserven der Nationalbank gedeckt sein, der restliche Banknotenumlauf sowie die Giroeinlagen bei der Nationalbank durch Wechsel und Lombardkredite.
- Für den nicht durch den Metallschatz gedeckten Banknotenumlauf hatte die Nationalbank ab einer Wertgrenze von 200 Mio Gulden eine Notensteuer von 5 % zu entrichten. Allerdings drohte bei Übersteigen dieser Grenze nicht mehr der Entzug des Notenprivilegs.

Grafik 1

Der Giroverkehr der Oesterreichisch-ungarischen Bank



Quelle: Mecenseffy (1896, S. 48); OeUB (1887–1913).

- Staatspapiergeld im Besitz der Nationalbank wurde bei der Berechnung des durch Wechsel oder Wertpapiere zu deckenden Banknotenumlaufs nicht miteinbezogen (Bubenik, 1888, S. 15ff; Zuckerkandl, 1899, S. 249). Die Novellierung ermöglichte es der Nationalbank, das Girogeschäft auszubauen, ohne ihr Privilegium im Falle einer Unterschreitung des vorgeschriebenen Deckungsverhältnisses zu riskieren. Zudem bewirkte die Reorganisation des Girogeschäfts der Zentralbank in den Folgejahren ein enormes Umsatzwachstum. Girotransaktionen waren zunächst ausschließlich in Wien und Budapest und nur am jeweiligen Standort möglich gewesen. Ab 1888 konnten in allen Filialen Girokonten eröffnet werden, wobei Überweisungen innerhalb des Bankanstaltennetzes gebührenfrei waren. Noch 1887 waren nur 16 Girokonten bei der OeUB eingerichtet, die einen Umsatz von 817 Mio Gulden aufwiesen. In den folgenden Jahren stiegen die Anzahl der Konten und der Umsatz stark an (siehe Grafik 1).

Der Anstieg der Girokonten ist teilweise auf eine Entscheidung der Oesterreichisch-ungarischen Bank 1893 zurückzuführen, wonach jedes Unternehmen, das Wechsel einreichen wollte, auch ein Girokonto bei der Bank unterhalten musste. Im Jahr 1896 verfügten 5,8 % der in der Monarchie registrierten Unternehmen – 8,2 % in Wien, 9,2 % in Budapest – über ein Girokonto bei der Nationalbank (Rauchberg, 1897, S. 57f). Dies kann auf den Erfolg der 1882 gegründeten Österreichischen Postsparkasse (PSK) zurückgeführt werden. Diese machte das Girogeschäft in der Habsburgermonarchie für breite Bevölkerungskreise zugänglich und erschloss es selbst für Kleinbetriebe und Privatpersonen.

Die Satzungsänderung der OeUB und die Reorganisation des Girogeschäfts orientierten sich an den analogen Bestimmungen der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank ermöglichte den Giroverkehr – gebührenfrei – gleich ab Aufnahme ihres Geschäftsbetriebs 1876 in allen Reichsbankstel-

len und ab 1883 auch in allen Nebenstellen, wodurch für das ganze Land ein Netz für den bargeldlosen Zahlungsverkehr zur Verfügung stand. Ab 1883 mussten Institutionen, die Wechsel bei der Reichsbank einreichen oder Lombardkredite aufnehmen wollten, über ein Girokonto bei der Reichsbank verfügen. Wenig überraschend stieg der Giroumsatz in den folgenden Jahren daher stark. Nicht nur Privatpersonen und -unternehmen, sondern auch die staatliche Verwaltung, die Post, die preußische Bahn, das Militär und andere Institutionen nutzten das moderne Zahlungsverkehrssystem. Die Zahl der Girokonten bei der Reichsbank stieg von 3.200 im Jahr 1877 auf über 12.000 im Jahr 1896, bei einer Umsatzsteigerung von 27 Mrd Reichsmark auf 106 Mrd Reichsmark (Rauchberg, 1897, S. 83ff; Koch, 1910, S. 14ff). Born (1993, S. 194) zufolge entsprangen die Bemühungen der Reichsbank zur Forcierung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs dem Irrglauben, dass Giroeinlagen und Überweisungen den Geldumlauf und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht erhöhen würden. Laut Mises (1924, S. 397ff) war die große Mehrheit der deutschen Wirtschaftspolitiker davon überzeugt, dass die Nutzung von Giralgeld dem Metallschatz der Zentralbank zugutekommen und infolgedessen zu Leitzinssenkungen führen würde. Nach Mises (1924) würde dies jedoch nur in dem Ausmaß zutreffen, in dem die zusätzlichen Metallreserven dafür aufgewendet werden, den Investitionsgüterbestand durch Import zu steigern.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit war die Gründung der Postsparkasse das Schlüsselereignis für die öffentliche Verbreitung des Giro- und Scheckver-

kehrs in der Habsburgermonarchie. Die PSK entwickelte sich erfolgreich zur „Bank der kleinen Leute“, die aufgrund ihrer geringen Ersparnisse und seltenen Zahlungen sonst kein Bankkonto eröffnet hätten (k. k. Finanzministerium, 1895, S. 440). Das Netzwerk der Postsparkasse im österreichischen Teil der Monarchie bestand aus über 4.000 Filialen (Wagner und Tomanek, 1983, S. 39), während die OeUB nur 101 Filialen⁵ und die Kommerzbanken noch weniger zählten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Postsparkasse mit 100.000 Girokonten im Jahr 1910 die OeUB mit weniger als 6.000 Girokonten weit hinter sich gelassen hatte. Hingegen lag der Umsatz der Postsparkasse mit etwa 200 Mio Gulden bzw. 400 Mio Kronen weit unter dem Umsatz im Giroverkehr der OeUB, die als zentrale Clearingstelle der Monarchie fungierte: 1913 bilanzierte die PSK einen Giroverkehrsumsatz von 47 Mrd Gulden (bzw. 94 Mrd Kronen), wie Tabelle 1 veranschaulicht.

Der bedeutende Anstieg der Girokonten bei der Postsparkasse nach 1895 wurde auch durch einen Beschluss der Regierung beeinflusst, wonach Steuern

Tabelle 1

Der Giroverkehr der Oesterreichisch-ungarischen Bank und der österreichischen Postsparkasse

| | OeUB | | PSK | |
|------|------------|---------|----------------------|-----|
| | Girokonten | | Umsatz in Mio Gulden | |
| 1887 | 19 | 12.981 | 817 | 28 |
| 1890 | 984 | 17.808 | 4.477 | 34 |
| 1895 | 2.587 | 28.363 | 7.930 | 55 |
| 1900 | 5.101 | 42.658 | 12.259 | 55 |
| 1905 | 5.440 | 67.804 | 24.295 | 154 |
| 1910 | 5.610 | 102.574 | 41.153 | 197 |
| 1913 | 5.761 | 122.870 | 47.105 | 196 |

Quelle: Mecenseffý (1896, S. 48); OeUB (1887, 1890, 1895, 1900, 1905, 1910, 1913); Wagner und Tomanek (1983, *passim*).

Anmerkung: OeUB = Oesterreichisch-ungarische Bank; PSK = Postsparkasse.

⁵ Siehe Jobst und Kernbauer (2016, S. 133). Zusätzlich zum eigenen Filialnetzwerk beauftragte die OeUB Auftragsbüros in Kreditinstituten zur Diskontierung oder Einlösung von Wechsel.

und Abgaben über das PSK-Netzwerk entrichtet werden konnten, zunächst ab 1896 in Niederösterreich und ab 1898 in allen anderen Ländern (Komlos, 1983, S. 142f; Wagner und Tomanek, 1983, S. 108). Überweisungen zwischen dem Bankstellennetz der OeUB und dem Poststellennetz waren in Österreich ab 1889 möglich, in Ungarn ab 1891 (Rauchberg, 1897, S. 77). Die Regierung förderte den bargeldsparenden Giroverkehr auch aus währungspolitischen Gründen: Aufgrund des Silberpreisverfalls wurde 1878 die private Ausmünzung von Silber suspendiert und in den folgenden Jahren die Einführung einer goldbasierten Währung beschlossen. Um die notwendigen Goldreserven zur Deckung des Umlaufgeldes möglichst gering zu halten, wurde es als zweckmäßig erachtet, Bargeld durch andere Zahlungsmittel zu ersetzen.

Der unmittelbare Erfolg des Postsparkassensystems mit der Entgegennahme von Spareinlagen von Personen mit geringem Einkommen und der Popularisierung des Girokontos hatte auch positive makroökonomische Auswirkungen: Mit der Ablöse von Bargeld durch Giralgeld erhöhte sich der Geldmultiplikator und somit auch das Kreditangebot. Zudem wurden mit dem flächendeckenden Poststellennetz auch ländliche Regionen für das moderne Bankgeschäft erschlossen und damit Teil der Geldwirtschaft. Schließlich machte es die Verfügbarkeit von Krediten auch möglich, vorübergehend mehr auszugeben als gerade an Einnahmen verfügbar war, wodurch die effektive Nachfrage stieg und sich das realwirtschaftliche Wachstum beschleunigte (Komlos, 1983, S. 147f).

Die Ungarische Postsparkasse wurde 1885 gegründet. Sie nahm vier Jahre später den Giroverkehr auf. In Ungarn stieg der Umsatz im PSK-Giroverkehr

weniger stark an als in Österreich. Die OeUB hatte schon vor der Gründung der ungarischen PSK Girodienstleistungen in Ungarn angeboten und konnte sich so einen größeren Marktanteil in diesem Gebiet der Monarchie sichern (Rauchberg, 1897, S. 172).

Aktienbanken spielten eine Nebenrolle im österreichischen Girogeschäft, wie die wenigen verfügbaren Quellen für die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zeigen. Obwohl die Aktienbanken Mitte der 1890er-Jahre gewisse Zuwächse beim Girogeschäft verzeichneten, sind „*allein sie [= die Aktienbanken] [...] noch immer weit davon entfernt, einen halbwegs beträchtlichen Theil des Zahlungsverkehrs über ihr Giro-Conto zu leiten.*“ (Rauchberg, 1897, S. 147).

Nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie musste die am Ende des 19. Jahrhunderts modernisierte Finanzinfrastruktur Österreichs an das stark geschrumpfte Wirtschaftsgebiet der Ersten Republik angepasst werden. Dies geschah nicht planmäßig, sondern die notwendige Reorganisation des Finanzsystems wurde dem Land durch kostspielige Finanzkrisen aufgezwungen.

3 Sanierung des österreichischen Finanzsektors in der Zwischenkriegszeit

In ihrem Jahresbericht 1929 hielt die OeNB fest, dass das Scheitern der zweitgrößten Wiener Bank, der Bodencreditanstalt, darauf zurückzuführen war, dass die Bank es verabsäumt hatte, ihr Geschäftsmodell rechtzeitig an das drastisch verkleinerte Wirtschaftsgebiet anzupassen. Diese Beschreibung der Geschäftspolitik der Bodencreditanstalt trifft teilweise auch auf andere österreichische Banken zu.

„*Der Bankensektor war für die Republik Österreich überdimensioniert. Auf ihn entfielen 1913 mehr als zwei Drittel der eigenen Mittel aller Banken Cisleithaniens,*

bei einem Wirtschaftspotenzial der Republik, das kaum mehr als ein Viertel der österreichischen Reichshälfte ausmachte“ (Jobst und Kernbauer, 2016, S. 172). Österreich musste in der Ersten Republik mit der inflationären Entwicklung, die 1921 in eine Hyperinflation mündete, fertig werden sowie mit der schwierigen Aufgabe, die Industrie- und Finanzstruktur an das deutlich geringere Wirtschaftspotenzial eines Kleinstaates anzupassen.

Die Neubewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten der Finanzinstitute nach der Stabilisierung der Währung und der Einführung des österreichischen Schillings 1925 ergab eine Schrumpfung der Eigenmittel im Vergleich zu 1913 um drei Viertel (Kernbauer, 1991, S. 172ff). Der Bankensektor hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit kaum verändert, eine Redimensionierung war somit unausweichlich.

Im Bereich des Zahlungsverkehrs blieb die Zahlungsverkehrsabteilung der – 1922 neu gegründeten – OeNB die zentrale Clearingstelle für die Salden der PSK, des Wiener Giro- und Cassen-Vereins, des Wiener Saldierungsvereins und der größeren österreichischen Banken. Die Sparkassen stiegen erst mit der Gründung der Girovereinigung der Sparkassen 1937 in das Girogeschäft ein.⁶ Die Bemühungen der Sparkassen, das Girogeschäft auszubauen, waren aus mehreren Gründen zum Scheitern verurteilt: Zum einen mangelte es dem Sparkassensektor an einem zentralen Clearinginstitut, zum anderen an einem Gironetzwerk, da die Sparkassen keine Filialen haben

durften und die zuständigen Behörden die Lizenzvergaben für den Giroverkehr restriktiv handhabten. Die Höhe der Giroeinlagen war zudem auf 10% der Gesamteinlagen beschränkt (Hauptverband der österreichischen Sparkassen, 1972, S. 540ff). 1927 gründete der genossenschaftliche Bankensektor die Girozentrale der österreichischen Genossenschaften zum Saldenausgleich der agrarischen Genossenschaften,⁷ die in der Zwischenkriegszeit allerdings keine nennenswerte Umsätze im Giroverkehr erzielten (Ebner, 1962, S. 9).

Die Funktion der OeNB als zentrale Clearingstelle im österreichischen Zahlungsverkehr wurde 1922 in Artikel 1 der Notenbanksatzung definiert, wonach „Die Oesterreichische Nationalbank“ nebst anderen Pflichten „im Gebiete der Republik [...] die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern [hat].“ Diese allgemeine Bestimmung wird in der Satzung nicht näher ausgeführt. So ist nicht explizit festgelegt, dass die Nationalbank auch eine Kontroll- und Regulierungsfunktion im Zahlungsverkehrssystem einnehmen soll. Dies stimmt mit dem vorherrschenden Paradigma dieser Zeit überein: Banken als Privat institute sahen sich nicht verpflichtet, ihre Geschäfte und ihre Bilanzstruktur der Nationalbank offenzulegen (Jobst und Kernbauer, 2016, S. 170).

In der Zwischenkriegszeit war die Entwicklung des – großteils über die OeNB als Clearingstelle abgewickelten – Giroverkehrs (Tabelle 2) unverhältnismäßig stark von der Konjunkturlage geprägt: Die Umsätze in Zusammenhang mit real- und finanzwirtschaftlichen Transaktionen sanken

⁶ Siehe Hauptverband der österreichischen Sparkassen (1972, S. 821ff). Nach Österreichs Anschluss im März 1938 wurde die Girovereinigung nach dem Vorbild der deutschen Girozentrale umstrukturiert; siehe Gießing und Auracher (1977, S. 10ff).

⁷ Siehe Girozentrale der österreichischen Genossenschaften (1929) und Klauhs (1977, S. 7–11). Die schleppende wirtschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre behinderte das Wachstum dieser Institution in der Zwischenkriegszeit.

Tabelle 2

Umsätze im Giroverkehr von 1913 bis 1937

| | OeNB/OeUB | Österreichische Postsparkasse | Wiener Giro- und Cassen-Verein | Wiener Saldierungsverein |
|------|------------|-------------------------------|--------------------------------|--------------------------|
| | in Mrd ATS | | | |
| 1923 | 14,4 | 8,9 | 19,7 | 1,4 |
| 1924 | 21,1 | 13,5 | 16,8 | 2,0 |
| 1925 | 30,0 | 15,7 | 14,7 | 1,9 |
| 1926 | 41,1 | 17,4 | 27,2 | 2,4 |
| 1927 | 43,4 | 19,2 | 33,2 | 3,1 |
| 1928 | 45,0 | 22,3 | 31,5 | 3,5 |
| 1929 | 49,8 | 24,8 | 33,5 | 4,1 |
| 1930 | 49,1 | 26,1 | 31,6 | 4,1 |
| 1931 | 49,7 | 25,0 | 23,5 | 3,1 |
| 1932 | 41,2 | 22,5 | 16,1 | 2,6 |
| 1933 | 36,8 | 21,4 | 16,0 | 2,3 |
| 1934 | 26,7 | 22,7 | 9,3 | 2,0 |
| 1935 | 24,7 | 24,1 | 6,4 | 2,3 |
| 1936 | 26,9 | 24,6 | 6,4 | 2,4 |
| 1937 | 28,2 | 26,6 | 7,2 | 2,6 |

Quelle: OeNB-Direktion (diverse Jahre, passim); Wagner und Tomanek (1983, passim); Wärmr (1936, S. 77).

während der Weltwirtschaftskrise drastisch. 1935 lagen die Umsätze 50 % unter dem Niveau von 1929. Dieser Rückgang kann vor allem auf den Einbruch des Wertpapierhandels an der Wiener Börse zurückgeführt werden, was sich in den Umsatzzahlen des Wiener Giro- und Cassen-Vereins widerspiegelt: Sofern die Wertpapiergeschäfte der Kreditinstitute nicht über den Wiener Giro- und Cassen-Verein abgewickelt werden konnten, wurden sie über Konten der OeNB verrechnet. Wie in Tabelle 2 veranschaulicht wird, sank der Umsatz des Wiener Giro- und Cassen-Vereins zwischen 1929 und 1935 um 24 Mrd ATS bzw. 81 %.

Das Girogeschäft der PSK steht in direktem Zusammenhang mit Transaktionen im Rahmen von Produktions- und Konsumaktivitäten. Die Umsatzzahlen im Girogeschäft der Postsparkasse entsprechen daher eher der Entwicklung des nominalen Brutto-sozialprodukts. 1933 lag das nominale Brutto-sozialprodukt 25 % unter dem Niveau von 1929; zugleich war das

Girogeschäft der PSK um 18 % schwächer (Butschek, 1999, Tabelle 5.1). Interessant ist, dass der Girogeschäftsumsatz der PSK gemessen am nominalen Brutto-sozialprodukt zwischen 1924 und 1937 von 150 % auf 270 % stieg. Die Anzahl der PSK-Girokonten stagnierte in der Zwischenkriegszeit (Wagner und Tomanek, 1983, S. 224 und 253). Der in diesen Jahren zu beobachtende Anstieg der Zahlungsintensität bedarf weiterer Forschung.

Der Wiener Saldierungsverein hatte die niedrigsten Umsatzzahlen unter den österreichischen Giro- und Clearing-instituten. Zwischen 1929 und 1934 fielen die Umsätze um 50 %. Dem Wiener Saldierungsverein gehörten 1936 zehn Finanzinstitute an, darunter die OeNB, der Wiener Giro- und Cassen-Verein, die PSK und andere Wiener Banken (Szedenik, 1937, S. 134f).

Das Resümee über die Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in Österreich in der Zwischenkriegszeit fällt pessimistisch aus, wie Ebner in einer Studie ausführte: „*Es war bedauerlich und für das gesamte Wirtschaftsleben ohne Zweifel von großem Nachteil, daß sich im wesentlichen der bargeldlose Zahlungsverkehr bis zum Jahre 1938 nur auf das Postsparkassenamt beschränkte.*“ (Ebner, 1962, S. 5). Im Vergleich zu Deutschland war das österreichische Zahlungsverkehrssystem unterentwickelt, was Ebner (1962) zufolge an den Kreditinstituten lag: Diese erkannten die Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für ihre eigenen Interessen und die gesamte Wirtschaft zu spät.

4 Anstieg des bargeldlosen Zahlungsverkehrs während des Wirtschaftsbooms

Der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938 zwang die österreichischen Kreditinstitute, sich orga-

nisatorisch und im operativen Geschäft an die Geschäftspraktiken im Dritten Reich anzupassen. Mit der Eingliederung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in die deutsche Banklandschaft wurden die dort etablierten Giroverkehrssysteme übernommen. Sie waren nach dem Zweiten Weltkrieg richtungsweisend für die Organisation des Zahlungsverkehrs in Österreich. Nach dem Zweiten Weltkrieg kristallisierten sich innerhalb der verschiedenen Sektoren des Bankwesens unterschiedliche Zahlungsverkehrssysteme heraus. Eine Ausnahme bildeten die Aktienbanken, die nach Möglichkeit ihre Girogeschäfte im Haus saldierten und die verbleibenden Salden über ihr Girokonto bei der OeNB verrechneten.

Für die Sparkassen agierte die Girozentrale der österreichischen Sparkassen AG als zentrale Clearingstelle. Die teilnehmenden Sparkassen mussten ihre Giro- und Wechselgeschäfte nach vorgegebenen Prinzipien abwickeln. Der Wirtschaftsboom in Österreich

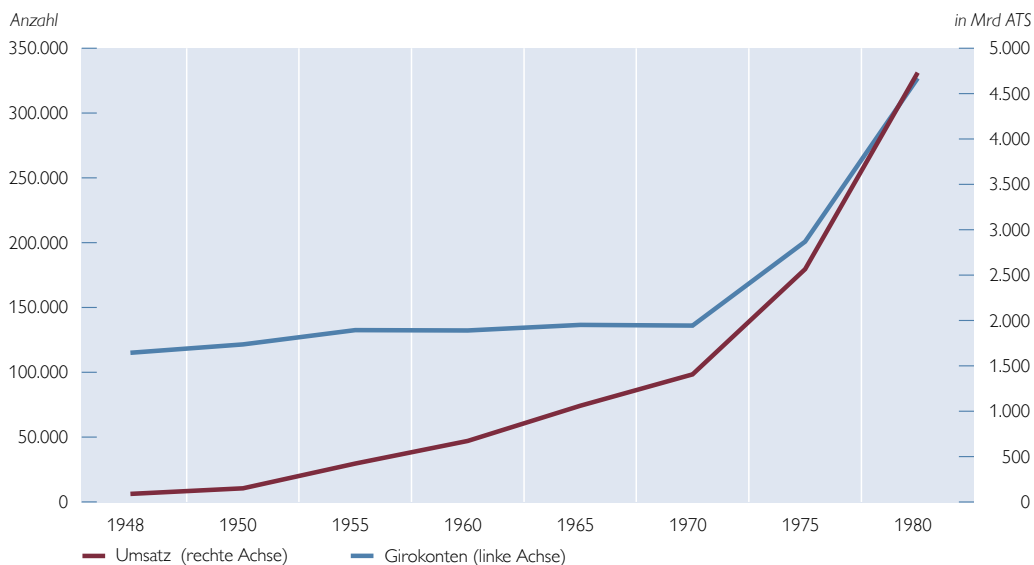
nach der Stabilisierung der Währung 1951/52 führte zu einem Anstieg der Realeinkommen und Spareinlagen breiter Bevölkerungsschichten. Der Giroverkehr nahm deshalb stark zu: 1977 zählte der Sparkassensektor schon mehr als 1,5 Mio Girokonten (Sadleder, 1977, S. 25).

Die Genossenschaftsbanken konnten das Girogeschäft erst nach dem Zweiten Weltkrieg in einem nennenswerten Maß ausbauen. Sie profitierten technisch und organisatorisch von dem Entwicklungsschub aufgrund der Eingliederung in den deutschen Genossenschaftsbankensektor nach dem Anschluss (Ebner, 1962, S. 9). Der Giroverkehr des Raiffeisensektors wurde zunächst über die Raiffeisenlandesbanken abgewickelt und letztlich über die Genossenschaftliche Zentralbank. Die verbleibenden Salden wurden über deren Girokonto bei der OeNB ausgeglichen.

Über die Umsätze der Aktien- und Genossenschaftsbanken liegen keine

Grafik 2

Das Girogeschäft der Österreichischen Postsparkasse



Quelle: Wagner und Tomanek (1983, passim).

Daten vor.⁸ Der Sparkassensektor verzeichnete 1969 einen Umsatz von unter 300 Mio ATS (Peter, o.J., S. 21), verglichen mit einem PSK-Umsatz von 1.322,2 Mio ATS (Wagner und Tomanek, 1983, S. 314). Demnach war die PSK wohl auch in der Zweiten Republik das mit Abstand größte Giroinstitut Österreichs. Im Giroverkehr kam die PSK 1948 auf einen Umsatz von 92,6 Mrd ATS; 1980 bereits auf 473,4 Mrd ATS (Grafik 2).

Der Anstieg lässt sich teilweise mit der Funktion der Postsparkasse als Kreditinstitut der öffentlichen Verwaltung – einschließlich des Sozialversicherungssystems – begründen: Steuerzahlungen wurden via Girokonten der Postsparkasse auf das vom Finanzministerium verwaltete staatliche Hauptkonto überwiesen; Mittel für nachgeordnete Dienststellen und andere Ministerien wurden vom Finanzministerium auf PSK-Konten bereitgestellt. Auch die Einnahmen und Ausgaben des Sozialversicherungssystems und die Zahlungen von Löhnen, Gehältern und Pensionen der öffentlichen Verwaltung wurden über Konten der PSK abgewickelt.

Die bankmäßige Überweisung von Löhnen, Gehältern und Pensionen wurde in Österreich ab Mitte der 1960er-Jahre populär (Pohl, 1967), verbunden mit einem entsprechenden Anstieg der Zahl der Girokontoinhaber. 1970 verwalteten die österreichischen Kreditinstitute 1,8 Mio Girokonten, 1990 5,2 Mio und 2015 10,7 Mio (davon 5,3 Mio Gehalts- und Pensionskonten; Handler und Mooslechner, 1991, S. 95 und 100; OeNB, 2016). Gemessen an der Bevölkerung stieg die Zahl der Girokonten von 12 % im Jahr

1963 auf 67 % im Jahr 1990. Laut Handler und Mooslechner (1991) veranschaulicht dies den fortschreitenden Bedeutungsverlust von Bargeld im Zahlungsverkehr (Handler und Mooslechner, 1991, S. 99). 2015 lag die Zahl der Girokonten in Österreich 25 % über der Bevölkerungszahl. 61 % der Bevölkerung hatten 2015 Gehalts- oder Pensionskonten. Voraussetzung für diese Entwicklung war der Einsatz elektronischer Systeme in der Abwicklung von Bankgeschäften.

In der Zweiten Republik agierte die OeNB wie schon in der Zwischenkriegszeit als zentrale Clearingstelle im Giroverkehr, wobei die Gesetzesgrundlage hierfür bis zur Novellierung des Nationalbankgesetzes 2001 unverändert blieb. Die Umsätze auf den Girokonten bei der OeNB beliefen sich im Jahr 1956 auf 437 Mrd ATS und summierten sich zuletzt 1988 (als die OeNB die Veröffentlichung dieser Zahlen einstellte) auf 14.711,1 Mrd ATS (Grafik 3).⁹ In diesem Zeitraum stieg der Umsatz vom 4-fachen des BIP auf das 10-fache des BIP.

1989 beantragte Österreich die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, womit seitens der OeNB die Weichen für die Teilnahme am europäischen Währungssystem (EMS) zu stellen waren. Dazu gehörte nicht zuletzt die Anpassung des österreichischen Großbetragszahlungssystems an die innerhalb des späteren Euroraums geplante Systemlandschaft.

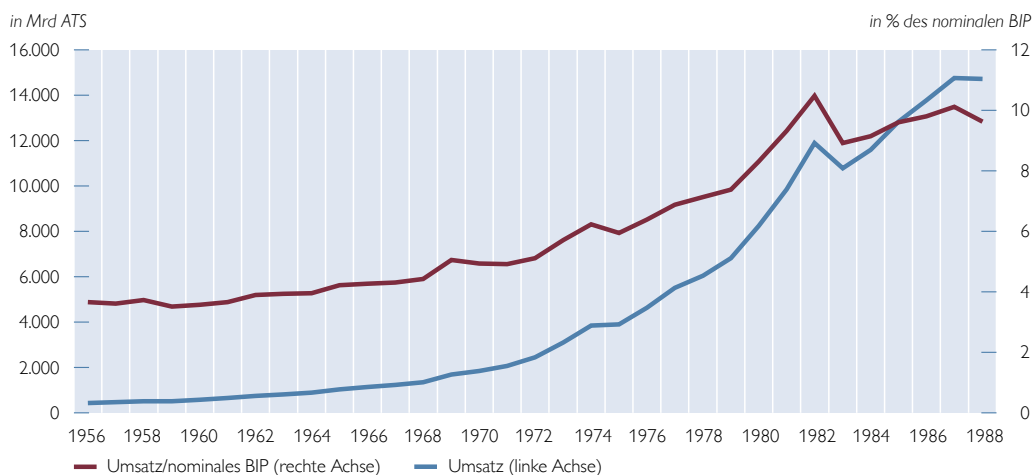
Die Deutsche Bundesbank war schon vor der OeNB mit der Regelung und Überwachung des nationalen Zahlungsverkehrs beauftragt worden. Das entsprechende Mandat war Teil des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank 1957:

⁸ *Das Girogeschäft der Landeshypothekenbanken war von geringer Bedeutung.*

⁹ *OeNB-Jahresberichte von 1965 bis 1988 mit Jahresabschlüssen.*

Grafik 3

Umsatz auf Girokonten bei der OeNB von 1956 bis 1988



Quelle: OeNB-Jahresberichte 1956–1988.

„Die Deutsche Bundesbank [...] sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland und trägt zur Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme bei“. Die Insolvenz der Herstatt Bank 1974, die erste Bankinsolvenz der industrialisierten Welt in Jahrzehnten, verdeutlichte das Risiko im Zusammenhang mit der Abwicklung von Devisengeschäften: Wenn Vertragsparteien in unterschiedlichen Zeitzonen handeln, wird der Zahlungsverkehr zeitlich versetzt abgewickelt. Wird eine Partei zahlungsunfähig, bekommt der Kontrahent möglicherweise keine Gegenleistung für die eigene Zahlung. Um das Abwicklungsrisiko zu senken, mussten die operativen Grundsätze geändert werden: „Zahlung gegen Zahlung“ im Devisenverkehr und „Lieferung gegen Zahlung“ im Wertpapierhandel (Deutsche Bundesbank, 2009). Die Zahlungsverkehrssysteme, die in den 1990er-Jahren von den Zentralbanken für den Euroraum errichtet wurden, berücksichtigen diese Maximen, in Ergänzung zum Grundprinzip der Finalität.

5 Neue Aufgaben für die OeNB im Zahlungsverkehr

Im Jahresbericht 1992 widmete die OeNB der Bedeutung eines effizienten Zahlungsverkehrssystems für die Finanzmarktstabilität erstmals ein eigenes Kapitel.¹⁰ Die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen in den vorhergehenden Jahrzehnten trug weltweit zu einer stärkeren Finanzmarktverflechtung bei. Analysen im Auftrag der Zentralbankgouverneure der EU-Mitgliedstaaten hatten gezeigt, dass die meisten nationalen Zahlungsverkehrssysteme Risikofaktoren aufwiesen, die eine potenzielle Gefahr für die Finanzmarktstabilität darstellten. So konnte die Insolvenz einer einzelnen Bank schwerwiegende Folgen haben, da der Zahlungsausgleich einer großen Anzahl von nationalen und internationalen Teilnehmern möglicherweise nicht finalisiert werden könnte und die Zentralbanken Liquiditätshilfe bereitstellen müssten. Die Zentralbanken fühlten sich daher verpflichtet, den Zahlungsverkehr in seiner Gesamtheit zu überwachen, um für effiziente und

¹⁰ Geschäftsbericht 1992 der OeNB, S. 58ff.

sichere geldwirtschaftliche Prozesse zu sorgen. Die notwendigen Anpassungen wurden in den „Fragen von gemeinsamem Interesse für EG-Zentralbanken im Bereich der Zahlungssysteme“ und in den sogenannten Lamfalussy-Richtlinien festgelegt.¹¹ 1998 setzten der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) und die Zehnergruppe (G10) eine Arbeitsgruppe ein, um die Grundprinzipien für systemrelevante Zahlungsverkehrssysteme (BIZ, 2001) zu definieren, die inzwischen im Lichte neuer Erfahrungswerte schon mehrmals aktualisiert wurden.

1991, zwei Jahre nach Österreichs Antrag auf EU-Mitgliedschaft, gründete die OeNB zusammen mit einem Partner eine eigene Gesellschaft zur Eruiierung des Handlungsbedarfs und der notwendigen Strategien, um den heimischen Großbetragszahlungsverkehr euroreif zu machen.¹² Konkret ging es um die Entwicklung eines Echtzeit-Brutto-Express-Zahlungsverkehrsystems (RTGS), d. h. um den Aufbau eines Systems, in dem die Transaktionen sofort auf den Zentralbankkonten von Sender und Empfänger verbucht werden und final sind. Mit Beginn der Währungsunion 1999 wurden die jeweiligen nationalen RTGS-Systeme der Euroländer zu einem Zahlungsverbund zusammengeschlossen („TARGET“). Die ursprüngliche österreichische TARGET-Komponente ARTIS (Austrian Real Time Interbank Settlement System) wurde 2007 von HOAM.AT (Home Accounting Module Austria) abgelöst.¹³ 2014 tätigten die österreichischen Banken 3 Mio Transaktionen

mit einem Umsatz von 23.674 Mrd EUR über HOAM.AT und TARGET2.

Eine weitere Neuerung betrifft das Clearing und Settlement von Inlandsüberweisungen. Im Gegensatz zu allen anderen 27 EU-Mitgliedsstaaten wurden in Österreich historisch bedingt Inlandsüberweisungen (größtenteils, aber nicht nur Kleinbetragstransaktionen, wie Miet-, Lohn- oder Nebenkostenzahlungen) zwischen Privatbanken im zugehörigen Bankensektor (Sparkassen, Raiffeisenbanken, Volksbankkreditgenossenschaften, etc.) oder auf Basis strikt reglementierter bilateraler Abwicklungsverfahren im Rahmen des Korrespondenzbankensystems abgerechnet. Zur Abwicklung des Inlandsgiroverkehrs bedurfte es in Österreich dabei rund 8.000 bilateraler Kontoverbindungen.

Um die Abwicklung des sektorübergreifenden Giroverkehrs zu vereinfachen und um Kreditinstituten den Zugang zu nationalen und internationalen Zahlungsverkehrssystemen zu erleichtern, gründete die OeNB 2011 das Clearing Service Austria (CS.A) für österreichische Inlandsüberweisungen im Rahmen der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA). Die Verrechnung von Interbankzahlungen über die CS.A hat den Zahlungsverkehr sicherer und effizienter gemacht und mindert das Ausfallrisiko und den Liquiditätsbedarf der Kreditinstitute durch Interbank-Netting. Der verminderte Liquiditätsbedarf reduziert wiederum den Eigenmittelbedarf und damit die Risikokosten für den Finanzplatz Österreich.

¹¹ Siehe Arbeitsgruppe für EG-Zahlungsverkehrssysteme (1992 und 1993); Habacht (2001a, S. 128ff).

¹² Diese Gesellschaft trug den Namen STUZZA (Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr); Partner der OeNB war GABE (Geldausgabeautomaten-Service Ges.m.b.H.).

¹³ Geschäftsbericht 1998 der OeNB, S. 67ff; OeNB (2009, S. 64).

Die CS.A erfüllt die Bestimmungen des Finalitätsgesetzes¹⁴ und ist an das TARGET2-System des Eurosystems angebunden. 2015 rechnete die CS.A gesamt 570 Mio Aufträge mit einem Gesamtwert von 3 Mrd EUR ab. 70 % des Umsatzes wurden während des Verrechnungsprozesses aufgerechnet; nur der Rest (1 Mrd EUR) musste zwischen den jeweiligen Kreditinstituten durch Überweisungen glattgestellt werden.

Mit einer Novelle zum Nationalbankgesetz¹⁵ wurde die OeNB 2001 mit der Überwachung des Zahlungsverkehrssystems in Österreich betraut. Die Nationalbank ist nunmehr verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um die finanziellen, organisatorischen und technischen Risiken im Zahlungsverkehr einzudämmen.

Die modernen Zahlungsverkehrssysteme lassen sich in vier Kategorien unterteilen:

- Großbetragszahlungsverkehrssysteme (z. B. TARGET)
- Systeme zur Abrechnung von Wertpapiertransaktionen
- Massenzahlungsverkehrssysteme (z. B. Foyerautomaten und Bankomatkassen für Bankomat- und Kreditkarten)
- „Elektronische Geldbörsen“ zur Begleichung kleiner Beträge (Habacht, 2001b, S. 2).

Die OeNB erfüllt ihre Aufsichtspflicht im österreichischen Zahlungsverkehr durch regelmäßige Kontrollen der Systeme und Vor-Ort-Prüfungen im Anlassfall. Dabei werden die Organisationsstruktur, der Prozessablauf und der

technische Stand der Systeme kontrolliert. Zahlungsverkehrssystembetreiber müssen der OeNB zudem qualitative und quantitative Angaben zu ihren Tätigkeiten liefern. Bei Auffälligkeiten leitet die OeNB unverzüglich eine Untersuchung des betreffenden Systems ein.

Gemessen an der Zahl der Systeme und am Umsatz werden im österreichischen Zahlungsverkehr sehr große Beträge abgewickelt, wie Tabelle 3 veranschaulicht, wobei die mit Abstand größten Beträge über die österreichische Komponente des euroraumweiten RTGS-Systems laufen. Die Sicherheit und Effizienz dieses Systems ist von größter Bedeutung für die Stabilität des Finanzsektors: Ein Ausfall bei der Abrechnung großer Geldtransfers könnte unerwünschte Dominoeffekte nach sich ziehen.

2013 wurden im österreichischen Massenzahlungsverkehr über 1 Mrd Zahlungen unter der Aufsicht der OeNB mit einem Umsatz von 72 Mrd EUR abgewickelt, was 41 % der privaten Konsumausgaben (174 Mrd EUR) entspricht. Dies ist in etwa auch die Größenordnung der Einkäufe, die die privaten Haushalte bargeldlos per Bankomat- oder Kreditkarte getätigt haben.¹⁶ Einer Umfrage der Europäischen Zentralbank (EZB) zufolge gehört Österreich zusammen mit Italien und Spanien zu den Ländern des Euroraums, in denen am häufigsten bar bezahlt wird, während in Frankreich und in den Niederlanden am wenigsten Bargeld verwendet wird.¹⁷

¹⁴ Bundesgesetz über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen, BGBl. I Nr. 123/1999 i. g. F.

¹⁵ Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, BGBl. I Nr. 97/2001, Artikel 19 (Einfügung von § 44a NBG).

¹⁶ Siehe Mooslechner et al. (2012, S. 56). Die Differenz von 6 Prozentpunkten zwischen den bargeldlosen Zahlungen laut der Umfrage der OeNB und des Finanzmarktstabilitätsberichts 30 der OeNB (Tabelle A25) kann auf den laufenden Zahlungsverkehr der Haushalte zurückgeführt werden, d. h. Mieten, Strom und Gas werden meist per Dauerauftrag bezahlt.

¹⁷ Siehe EZB (2001, S. 79). Dieser Artikel liefert keine Erklärungen der großen Unterschiede in der Zahlungsmittelpräferenz.

Tabelle 3

**Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabrechnungssysteme:
Transaktionen und Umsatz**

| | 2009 | | 2014 | |
|------------------------------------|-----------------------------|----------------------|-----------------------------|----------------------|
| | Transaktionen in Mio EUR | Umsatz in Mrd EUR | Transaktionen in Mio EUR | Umsatz in Mrd EUR |
| RGTS | 2 | 13.905 | 3 | 23.674 |
| Wertpapier- abrechnung | 2 | 365 | 2 | 377 |
| Massenzahlungs- verkehr | 574 | 46 | 1.005 ¹ | 72 ¹ |
| Internationaler Zahlungsverkehr | 31 | 1.225 | 113 | 2.463 |

Quelle: OeNB (2015, S. 106).

¹ 2013.

Laut der in Mooslechner et al. (2012) zitierten Umfrage liegt der hohe Bargeldanteil in Österreich nicht an einer mangelnden Infrastruktur für den unbaren Zahlungsverkehr, sondern primär an den Präferenzen der Konsumenten. Offenbar erfüllt Bargeld die Anforderungen an ein Zahlungsmittel am besten: Eine Barzahlung hat man schnell erledigt, es fallen keine Zusatzkosten an, und dank der Bankomatdichte ist Bargeld immer in Reichweite (Mooslechner et al., 2012, S. 75f).¹⁸ Obwohl die Nutzung anderer Zahlungsmittel im Steigen begriffen ist, bleiben vor allem ältere Menschen bei ihrem gewohnten Zahlungsverhalten. Der Vormarsch der Online-Käufe im Internet hat den Zahlungsverkehr kaum verändert: 2011 wurden nur 0,13 % aller erfassten Transaktionen – 0,24 % des Umsatzes – über spezielle Online-Bezahlssysteme (z. B. PayPal, ClickandBuy) abgewickelt (Mooslechner et al., 2012, S. 65). Diese Beobachtungen legen nahe, dass Bargeld den privaten Zahlungsverkehr in Österreich auch in den kommenden Jahren dominieren wird.

Im Hinblick auf die Minimierung des technischen und operativen Risikos wird die Überwachung der Zahlungsverkehrssysteme eine fundamentale Zentralbankaufgabe bleiben. Die Zentralbanken werden als Zahlungssystemaufsicht dafür sorgen müssen, dass die Zahlungsverkehrssysteme bei aller Komplexität gut und sicher funktionieren, indem sie stets auf dem neuesten technischen Stand bleiben.

6 Schlussfolgerungen

Der bargeldsparende bzw. bargeldlose Zahlungsverkehr hielt in Österreich relativ spät Einzug. Dies lag zum einen an der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Habsburgermonarchie gegenüber den Ländern Nordwesteuropas in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, zum anderen am bis dahin geringen Monetarisierungsgrad und am Papiergeldüberhang infolge militärischer Konflikte, die per Zentralbankkredit und Staatspapiergeld finanziert worden waren. Bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts war eine bargeldsparende Zahlungsinfrastruktur in der Habsburgermonarchie nur rudimentär vorhanden.

Erst mit der Gründung der Österreichischen Postsparkasse im Jahr 1882 fanden moderne Finanztechnologien in Österreich größere Verbreitung. Die über 4.000 Postfilialen machten Giro- und Sparkonten einer breiten Bevölkerungsschicht zugänglich, die zuvor keinen Kontakt mit dem Bankgeschäft hatte. Notenbankseitig sorgte erst eine Satzungsänderung der OeUB 1887 für eine verstärkte Nachfrage nach Girokonten und deutlich höhere Umsätze im Girogeschäft. Die Girokonten bei der Nationalbank dienten vor allem dem Clearing von Forderungen und

¹⁸ Steuerhinterziehung könnte ein weiterer Grund für die Verwendung von Bargeld sein und würde den hohen Prozentanteil der Barzahlung weiter erhöhen, jedoch kaum in einem bedeutenden Ausmaß.

Verbindlichkeiten des Bankensektors, die aus der Finanzierung von Handels- und Finanzgeschäften resultieren. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die keine Girokonten führten, wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg in die heimische Zahlungssystemlandschaft eingegliedert.

Die Zwischenkriegszeit stand im Zeichen der Redimensionierung des Bankensektors in Wien und Österreich angesichts des stark geschrumpften Wirtschaftsraums. Dies geschah nicht planmäßig, sondern war ein Ergebnis schwerer und kostspieliger Bankenkrisen in den 1920er- und 1930er-Jahren. Die Weltwirtschaftskrise ließ die Umsätze im Zahlungsverkehr und insbesondere die Börsenumsätze einbrechen. In der Zwischenkriegszeit war das wirtschaftliche Klima wenig innovationsförderlich.

Im Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit stieg angesichts der starken Produktions-, Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse die Nachfrage nach Bankdienstleistungen. Die Zahl der Giro- und Sparkonten stieg stark an, nicht zuletzt aufgrund der Umstellung auf die bargeldlose Auszahlung der Löhne und Gehälter und Pensionen ab Mitte der 1960er-Jahre. Die einzelnen Bankensektoren betrieben ihre eigenen Zahlungsverkehrssys-

teme, während die OeNB primär als zentrale Clearingstelle fungierte. Mit der zunehmenden Verwendung elektronischer Systeme im Bankwesen nahm die Nutzung von Foyerautomaten für Bankgeschäfte, Bankomatkassen und Kreditkarten zu.

In Vorbereitung auf die Einführung des Euro in Österreich 1999 mussten die Strukturen im österreichischen Zahlungsverkehr an die Systemlandschaft im Euroraum angepasst werden. Für Großbetragstransaktionen konnten österreichische Banken erst die Systeme ARTIS und später HOAM.AT nutzen, um via TARGET bei der EZB oder anderen Banken im Euroraum Aufträge abzuwickeln. Die Umsätze der Massenzahlungssysteme steigen stetig, obwohl die Mehrheit aller Käufe von Privathaushalten immer noch bar abgewickelt wird. Das Mandat der OeNB als Zahlungssystemaufsicht und -regulator in Österreich wurde 2001 mit einer Novelle zum Nationalbankgesetz gesetzlich verankert. Der Bedeutung eines gut funktionierenden, sicheren Zahlungsverkehrssystems für die Finanzmarktstabilität war sich die Nationalbank schon vorher bewusst, hatte aber dafür kein explizites gesetzliches Mandat. Für Effizienz und Stabilität im Zahlungsverkehr zu sorgen, ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe für EG-Zahlungsverkehrssysteme. 1992.** Report to the Committee of Governors of the Central Banks of the Member States of the European Economic Community. Issues of Common Concern to EC Central Banks in the Field of Payment Systems.
- Arbeitsgruppe für EG-Zahlungsverkehrssysteme. 1993.** Report to the Committee of Governors of the Central Banks of the Member States of the European Economic Community. Minimum Common Features for Domestic Payment Systems.
- BIZ – Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. 2001.** Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme. Grundprinzipien für wichtige Zahlungsverkehrssysteme.
- Born, K. E. 1993.** Geld und Währung im 19. Jahrhundert. In: Pohl, H. (Hrsg.). Europäische Bankengeschichte. Fritz Knapp Verlag.
- Bubenik, F. 1888.** Die Technik des Giro-Verkehrs bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Hölder.
- Butschek, F. 1999.** Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Die österreichische Wirtschaft seit der Industriellen Revolution. WIFO.
- Deutsche Bundesbank. 2009.** Der unbare Zahlungsverkehr in Deutschland und die Rolle der Deutschen Bundesbank. In: Monatsbericht März. 51–67.
- Direktorium der OeNB. Diverse Jahre.** Mitteilungen des Direktoriums der OeNB. Wien.
- Ebner, H. 1962.** Der Giroverkehr in Österreich. Manz.
- EZB – Europäische Zentralbank. 2011.** Die Verwendung von Euro-Banknoten – Ergebnisse aus zwei Umfragen unter privaten Haushalten und Unternehmen. In: Monatsbericht April. 83–95.
- Fischer, P. D. 1893.** Postsparkassen. In: Conrad, J., W. Lexis, L. Elster und E. Loening (Hrsg.). Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Band 5. 218–225.
- FMABG – Finanzmarktaufsichtsgesetz. 2001.** Bundesgesetz über die Errichtung und Organisation der Finanzmarktaufsichtsbehörde. BGBl. I Nr. 97/2001.
- Gesetz über die Deutsche Bundesbank.** www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Bundesbank/Aufgaben_und_Organisation/gesetz_ueber_die_deutsche_bundesbank.pdf?__blob=publicationFile.
- Giefing, A. und W. Auracher. 1977.** Entstehung und Entwicklung der Zentralinstitute im Sparkassensektor. In: Österreichisches Forschungsinstitut für Sparkassenwesen (Hrsg.). Funktionen der Girozentrale im Kreditapparat. Vierteljahres-Schriftenreihe 4/77. 7–16.
- Girozentrale der österreichischen Genossenschaften. 1929.** Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1928.
- Goodhart, C. 1988.** The Evolution of Central Banks. MIT Press.
- Gross, N. 1983.** Austria-Hungary in the World Economy. In: Komlos, J. (Hrsg.). Economic Development of the Habsburg Monarchy in the Nineteenth Century: Essays. Columbia University Press. 1–45.
- Habacht, R. 2001a.** Die künftige Rolle der OeNB als Zahlungssystemaufsicht in Österreich. In: Finanzmarktstabilitätsbericht 2. OeNB. 128–137.
- Habacht, R. 2001b.** Aufgaben der Zahlungssystemaufsicht. Themenblätter Wirtschaft & Finanzen 11. OeNB.
- Hammerschlag, P. 1905.** Abrechnungsstellen. In: Mischler, E. und J. Ulbrich. (Hrsg.). Österreichisches Staatswörterbuch. Band 1, 2. Auflage. 18–23.
- Handler, H. und P. Mooslechner. 1991.** Zahlungsverkehrssysteme und Zahlungsverkehr in Österreich. WIFO.
- Hauptverband der österreichischen Sparkassen (Hrsg.). 1972.** 150 Jahre Sparkassen in Österreich. Band 1.

- Houtman-De Smedt, H. und H. van der Wee. 1993.** Die Entstehung des modernen Geld- und Finanzwesens Europas in der Neuzeit. In: Pohl, H. (Hrsg.). Europäische Bankengeschichte. Fritz Knapp Verlag. 75–120.
- Jobst, C. und H. Kernbauer. 2016.** Die Bank. Das Geld. Der Staat. Nationalbank und Währungspolitik in Österreich 1816–2016. Campus.
- Kahn, C., S. Quinn und W. Roberds. 2014.** Central Banks and Payment Systems: The Evolving Trade-off between Cost and Risk. Beitrag zur Konferenz der Norges Bank „Of the Uses of Central Banks: Lessons from History“. 5. bis 6. Juni.
- Kernbauer, H. 1991.** Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit. Geschichte der Oesterreichischen Nationalbank von 1923 bis 1938. OeNB.
- Klauhs, H. 1977.** Bilanz über 50 Jahre Genossenschaftliche Zentralbank AG. In: Genossenschaftliche Zentralbank AG (Hrsg.). 50 Jahre Genossenschaftliche Zentralbank Aktiengesellschaft 1927–1977. 7–11.
- k. k. Finanzministerium. 1895.** Mitteilungen des k. k. Finanzministeriums.
- Koch, R. 1910.** Giroverkehr. In: Conrad, J., W. Lexis, L. Elster und E. Loening (Hrsg.). Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Band 5, 3. Auflage. 14–30.
- Komlos, J. 1983.** The Diffusion of Financial Technology into the Austro-Hungarian Monarchy toward the End of the Nineteenth Century. In: Komlos, J. (Hrsg.). Economic Development of the Habsburg Monarchy in the Nineteenth Century: Essays. Columbia University Press. 137–64.
- Körner, M. 1993.** Handel und Geldwesen im mittelalterlichen Europa. In: Pohl, H. (Hrsg.). Europäische Bankengeschichte. Fritz Knapp Verlag. 33–72.
- Lederer, E. 1847.** Die privilegierte österreichische National-Bank. Ihre Gründung, ihre Entwicklung und ihr Wirken.
- März, E. und K. Socher. 1973.** Währung und Banken in Cisleithanien. In: Brusatti, A. (Hrsg.). Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Band 1: Die wirtschaftliche Entwicklung. 323–368.
- Matis, H. 2005.** Die Schwarzenberg-Bank. Kapitalbildung und Industriefinanzierung in den habsburgischen Erblanden.
- Matis, H. und F. Weber. 1993.** Kaisertum Österreich – Donaumonarchie. In: Pohl, H. (Hrsg.). Europäische Bankengeschichte. Fritz Knapp Verlag. 316–332.
- Mecenseffý, E. 1896.** Die Verwaltung der Oesterreichisch-ungarischen Bank 1886–1895.
- Mises, L. 1924.** Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. Duncker & Humblot. 2. Auflage.
- Mooslechner, P., H. Stix und K. Wagner. 2012.** The Use of Payment Instruments in Austria. A Study Based on Survey Data from 1996 to 2011. In: Monetary Policy & the Economy Q4/12. OeNB. 53–77.
- OeNB. 2009.** Zahlungsverkehrsbericht 2009.
- OeNB. 2015.** Financial Stability Report 30.
- OeNB. 2016.** Anzahl der Einlagekonten – Globalsektor.
www.oenb.at/isaweb/report.do?report=3.8. (recherchiert am 30. November)
- OeNB. Diverse Jahre.** Geschäftsbericht.
- Oesterreichisch-ungarische Bank. 1887–1913.** Jahressitzung der Generalversammlung der Oesterreichisch-ungarischen Bank.
- Österreichisches Forschungsinstitut für Sparkassenwesen (Hrsg.). 1961.** Bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung. Schriftenreihe des Österreichischen Forschungsinstitutes für Sparkassenwesen 1(1/2).
- Peter, R. 1976.** Entwicklung des konventionellen Zahlungsverkehrs. In: Sadleder, W., R. Peter und H. Ambros (Hrsg.). Zahlungsverkehr im Umbruch. Schriftenreihe des österreichischen Forschungsinstitutes für Sparkassenwesen 16(2). Österreichisches Forschungsinstitut für Sparkassenwesen.

- Pohl, E. 1967.** Die bargeldlose Entlohnung. In: Österreichisches Forschungsinstitut für Sparkassenwesen (Hrsg.). Schriftenreihe des österreichischen Forschungsinstitutes für Sparkassenwesen 7(4).
- Pressburger, S. 1959.** Das österreichische Noteninstitut 1816–1966. Teil I/Band 1.
- Pressburger, S. 1962.** Das österreichische Noteninstitut 1816–1966. Teil I/Band 3.
- Quinn, S. und W. Roberds. 2006.** An Economic Explanation of the Early Bank of Amsterdam, Debasement, Bills of Exchange, and the Emergence of the First Central Bank. Federal Reserve Bank of Atlanta Working Paper 2006-13.
- Rauchberg, H. 1886.** Der Clearing- und Giro-Verkehr. Ein statistischer Beitrag zur Kenntnis des volkswirtschaftlichen Zahlungsprocesses.
- Rauchberg, H. 1897.** Der Clearing- und Giro-Verkehr in Österreich-Ungarn und im Auslande.
- Sadleder, W. 1977.** Die Bedeutung der Girozentrale für die Sparkassen. In: Österreichisches Forschungsinstitut für Sparkassenwesen (Hrsg.). Funktionen der Girozentrale im Kreditapparat. Vierteljahres-Schriftenreihe 4/77. 23–30.
- Szednik, A. F. 1937.** Die Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs unter besonderer Berücksichtigung Österreichs. Dissertation an der Hochschule für Welthandel, Wien.
- Teichova, A. 1997.** Banking and Industry in Central Europe, Nineteenth to Twentieth Century, In: Teichova, A., G. Kurgan-Van Hentenryk und D. Ziegler (Hrsg.). Banking, Trade and Industry. Europe, America and Asia from the Thirteenth to the Twentieth Century. Cambridge University Press. 214–228.
- Wagner, M. und P. Tomanek. 1983.** Bankiers und Beamte. Hundert Jahre österreichische Postsparkasse.
- Wärmer, G. 1936.** Das österreichische Kreditwesen. Verlag des Bankenverbandes.
- Wood, J. H. 2011.** A History of Central Banking in Great Britain and the United States. Cambridge University Press.
- Zuckerlandl, R. 1899.** Oesterreichisch-ungarische Bank. In: Conrad, J., Elster, L., Lexis, W. und E. Loenig (Hrsg.). Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Band 2, 2. Auflage. 222–256.